



Pressemitteilung der Bürgerinitiative Uns stinkt's

Zentraldeponie Emscherbruch: Das Gesetz steht über Gesundheitsschutz

Bezirksregierung Münster schiebt die Verantwortung zur mutmasslichen weiteren zehnjährigen Belastung der Anwohner auf den Regionalverband Ruhr (RVR)

Im Umweltausschuss der Stadt Gelsenkirchen am 09.02.2021 war die Zentraldeponie Emscherbruch erneut Thema. Die Bezirksregierung Münster wurde von Frau Dr. Wies vertreten, die sich schon in ihrem Eingangsstatement zum Bescheid des vorzeitigen Baubeginns und der damit verbundenen Rodung eines über drei Hektar großen Wäldchens rechtfertigte - und die positive Prognose zur Erweiterung mit dem öffentlichen Interesse begründete.

In seiner ihm zugestandenen fünfminütigen Redezeit holte Peter Jäkel, Sprecher der Bürgerinitiative, zum Gegenschlag aus. Mit drei konkreten Punkten wies er die Entscheidungsfreudigkeit der Bezirksregierung Münster zurück.

Entsorgungsnotstand liegt noch fast neun Jahre in der Zukunft

Sprecher Jäkel rechnete vor, dass die Bezirksregierung Münster in ihren eigenen Bescheiden zu dem Schluss kommt, dass heute noch kein Entsorgungsnotstand vorliegt. "Wenn man heute beginnen würde, einen alternativen Standort zur ZDE zu entwickeln, müsste man keinen Notstand befürchten.", so Jäkel weiter. Doch dies sei auch in den vergangenen dreißig Jahren nicht geschehen, so dass die Bezirksregierung sich nicht an ihre eigenen Aussagen halte und nun zum wiederholten Male mit dem vorgeschobenen Grund des öffentlichen Interesses die Gesundheit der Anwohner um jeden Preis aufs Spiel setze.

Laufzeit von 35 Jahren wurde 1989 von der Bezirksregierung in Aussicht gestellt

Auch bei der Laufzeit konnte Peter Jäkel nachlegen: "1969 hat der Stadtdirektor von Gelsenkirchen von einer annähernd 35-jährigen Laufzeit gesprochen; selbst die Bezirksregierung hat 1989 von 14 Jahren gesprochen - beide Fristen sind seit langem um." Und dass der Pressesprecher der Bezirksregierung, Ulrich Tückmantel, in einem WDR-Beitrag diese Aussagen mit Hörensagen verhöhnnte, sei an Arroganz nicht zu

überbieten. Festzuhalten sei, dass sich die Bürger offensichtlich nicht auf die Aussagen der Bezirksregierung Münster verlassen könne. Und der Auftritt Tückmantels zeigte, dass auch Transparenz nicht ihre Stärke ist.

Gesundheitliche Lage der Bürger von Gelsenkirchen und Herne besorgniserregend

In seinem dritten Punkt führte Jäkel die prekäre Lage der beiden Ruhrgebietsstädte aus. So seien beide Spitzenreiter in Sachen Krebs in NRW und Gelsenkirchen sogar bundesweit. Er fragte die Vertreterin der Bezirksregierung direkt: "Wie kann man es da der Bevölkerung zumuten, weitere zehn Jahre auf Gesundheitsschutz verzichten zu müssen?". Im Sinne einer gleichberechtigten Verteilung der Lasten, sollten nun - nach über 50 Jahren - andere die Verantwortung für unser aller Gemeinwohl übernehmen.

Dr. Wies weist Verantwortung für die weitere Belastung der ZDE-Anwohner zurück

In ihrer Stellungnahme zu den Punkten der Bürgerinitiative wies Frau Dr. Wies die Verantwortung zurück: "Der RVR muss für Entsorgungsalternativen sorgen, nicht die Bezirksregierung.", argumentierte sie, ohne auf die gesundheitlichen Folgen der Anwohner bei der mutmasslichen Erweiterung einzugehen. Selbst "mit größtem Eifer und Geschick" könne solch ein Prozess für eine Standortalternative Jahre dauern. Und bis dahin sei die Behörde ans Gesetz gebunden und die Verantwortlichen im RVR zur Lösungsfindung aufgefordert.

BI fordert Klärung der Verantwortlichkeiten und ein greifbares Enddatum

Die Bürgerinitiative fordert, dass die Verantwortlichen für die Last der 14.000 Anwohner nahe der Zentraldeponie Emscherbruch nach nun Jahrzehnten endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und ein sofortiges Ausstiegsszenario entwickeln, welches weit unter den in Aussicht gestellten zehn Jahren liegt. "Mit über 50 Jahren Umweltverschmutzung und Giftmüll in unserer Nähe, haben wir schon mehr als 15 Jahre auf die Vereinbarung draufgelegt und unsere Verantwortung für die Region getragen - da ist jeder weiterer Tag zu viel.", betont Sprecher Peter Jäkel ausdrücklich, "Die Bürger wollen ein greifbares, zeitnahes Datum und nicht nur eine Jahrzehnte-Perspektive - die viele, die diese Verantwortung in den letzten Jahrzehnten getragen haben, gar nicht mehr erleben werden."

Pressekontakt

Heinz-Peter Jäkel, Sprecher der "BI Uns stinkt's"

E-Mail: HP.Jaekel@t-online.de

Telefon: 02325 51609

Mobil: 0170 284 1919